2026/10 Wirtschaft

https://ads.jungle.world/artikel/2026/10/trumps-zollpolitik-nationalistischer-kampf-gegen-windmuehlen

Die Zölle haben keine Industriearbeitsplätze in den USA geschaffen

Nationalistischer Kampf gegen Windmühlen

von **Tomasz Konicz**

Rund ein Jahr nach seinem Amtsantritt ist die Bilanz von Donald Trumps Zollpolitik widersprüchlich und durchwachsen. Die Zahl der Industriearbeitsplätze in den USA ging sogar leicht zurück, denn die Rationalisierung im Produktionsprozess schreitet, unter anderem durch KI-Programme, immer weiter voran.

Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln – dies ist die einzige Konstante der Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump. Vergangene Woche traten neue US-Zölle in Höhe von zehn Prozent auf fast alle Importe in Kraft. Sie ersetzen jene Zölle, die der Oberste Gerichtshof am 20. Februar für ungültig erklärt hatte. In ersten wütenden Reaktionen auf das Urteil hatte Trump gar 15 Prozent angekündigt. Entsprechende weitere Erhöhungen sollen von der Regierung noch geprüft werden.

Fest steht nur, dass die protektionistische Politik fortgesetzt werden soll, auch wenn deren rechtliche Grundlage sich gewandelt hat. Der Oberste Gerichtshof hatte entschieden, dass die Verhängung der bisherigen Zölle nach dem International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) von 1977 unzulässig ist. Finanzminister Scott Bessent teilte umgehend mit, dass die Regierung sich dann eben auf andere Handelsgesetze stützen werde. Derzeit kommt Section 122 des Handelsgesetzes von 1974 zur Anwendung. Sie ermöglicht es der Regierung, für 150 Tage Zölle zu erheben, dann muss der Kongress dem zustimmen.

> Der Schuldendienst ist inzwischen mit 1,1 Billionen US-Dollar jährlich einer der größten Posten im US-Bundeshaushalt und übertrifft selbst die Militärausgaben.

Auch politisch bleibt Trumps Zollpolitik umstritten, selbst innerhalb der Republikanischen Partei. Trump begann vor knapp einem Jahr damit, den durchschnittlichen Zollsatz der USA von damals 2,4 Prozent zu erhöhen; im vergangenen Jahr lag er um die 17 Prozent. Der Protektionismus soll die USA wieder »groß machen«, konkret: deren krisenbedingte Deindustrialisierung und den Verlust von Industriearbeitsplätzen revidieren. Doch die Ergebnisse sind durchwachsen.

Zwar geht Trump mit immer neuen gigantischen Zahlen hausieren, die einen enormen Anstieg von Auslandsinvestitionen belegen sollen – im Oktober 2025 sprach er von 17 Billionen US-Dollar, bei seiner Rede an die Nation am 24. Februar waren es schon 18 Billionen, die ihm unter anderem im Rahmen von bilateralen Handelsverträgen zugesichert worden seien –, doch haben diese Zahlen kaum Realitätsbezug. Die Regierung addiert dafür Prognosen über tatsächliche hohe Unternehmensinvestitionen im Rahmen des KI-Booms, unverbindliche Absichtserklärungen von Regierungen, die ein Interesse haben, Trump gütig zu stimmen, vage Absprachen über mögliche Wirtschaftskooperationen und verbindliche Vereinbarungen – und gelangt so zu einem absurd hohen Investitionsvolumen, das das Vierfache der jährlichen Investitionstätigkeit des US-Privatsektors von rund vier bis fünf Billionen US-Dollar umfassen würde. Die Auslandsinvestitionen in den USA beliefen sich 2024 nur auf rund 151 Milliarden US-Dollar.

Doch ist es der US-Regierung tatsächlich gelungen, substantielle Investitionszusagen mittels Zolldrohungen zu erpressen. Japan verpflichtete sich zu Industrieinvestitionen von 550 Milliarden US-Dollar bis 2029, bei Südkorea sind es 350 Milliarden, Apple will 600 Milliarden in US-Fertigungsstätten pumpen und tatsächlich einen Mac Mini in den USA fertigen. Milliardenschwere verbindliche Zusagen gibt es auch von TSMC, Nvidia, Honda, Hyundai, Johnson & Johnson, IBM, Merck und Roche. Die Liste ließe sich fortsetzen, doch es ist offen, ob alle diese Zusagen erfüllt werden – und ob Konzerne nicht einfach ohnehin geplante Investitionen als Rückkehr zum »Made in America« ausgeben, um politisches Kapital bei Trump herauszuschlagen.

Riesiges US-Handelsdefizit

Das riesige US-Handelsdefizit ist zumindest bisher nicht geschrumpft. Trump sagte Ende Februar, dass diese Investitionen erst in »einem Jahr« ökonomische Ergebnisse zeitigen würden. Das jährliche Handelsdefizit lag 2025 nahezu unverändert bei 901 Milliarden US-Dollar. Betrachtet man nur den Warenhandel, ohne Dienstleistungen, stieg das Defizit sogar um zwei Prozent auf einen neuen Rekordwert von 1,24 Billionen, da der KI-Boom mit steigenden Importen, vor allem von Mikrochips aus Taiwan, einhergeht.

Allerdings hat sich die Zusammensetzung der Handelsströme verändert. Die Importe aus China brachen um 25 Prozent auf nur noch 242 Milliarden US-Dollar ein, Japans US-Exporte gingen um zwölf Prozent zurück, die der BRD sanken um 9,4 Prozent. Auch Kanada führte 2025 weniger in die USA aus: Waren im Wert von 291 statt zuvor 308 Milliarden US-Dollar. Den größten Zuwachs verzeichnete im vergangenen Jahr Mexiko, das mit einem Ausfuhrvolumen von 399 Milliarden US-Dollar der mit Abstand führende Exporteur in die USA ist. Die Einbrüche der China-Importe wurden überdies durch nahezu 50prozentige Importsteigerungen aus Taiwan und Vietnam kompensiert. Zumindest ein Teil dieser Veränderungen ist darauf zurückzuführen, dass in China produzierte Güter einfach durch Länder wie Mexiko oder Vietnam umgeleitet werden, um die besonders hohen US-Zölle gegen China zu umgehen.

Ähnlich uneindeutig ist das Bild bei der Produktion in den USA. Die Industrieproduktion ist tatsächlich seit dem Amtsantritt Trumps vor einem Jahr um mehr als ein Prozent angestiegen, doch ist die Anzahl der Industriearbeitsplätze im selben Zeitraum leicht zurückgegangen, nämlich um gut 108.000. Hierin zeigt sich die innere Schranke des Kapitals, die marktvermittelte Tendenz der kapitalistischen Warenproduktion, durch Rationalisierung die Lohnarbeit im Produktionsprozess zu minimieren. Trump kämpft gegen Windmühlen, denn der **Krisenprozess**

beruht keineswegs auf vermeintlich die USA benachteiligenden Handelspraktiken, sondern wird durch den derzeitigen KI-Boom und Fortschritte in der Robotik nur noch intensiviert werden.

Kein Boom auf dem Arbeitsmarkt

Hinzu kommt, dass Protektionismus zwar gewisse Industriezweige fördern kann, aber oft auf Kosten anderer Sektoren, die im Rahmen der international organisierten Arbeitsteilung auf den reibungslosen Import von Material und Teilen angewiesen sind. Die US-Stahlzölle beispielsweise haben zu einem Anstieg der Beschäftigung in Stahlhütten geführt, doch geschah dies auf Kosten jener Sektoren, die günstige Stahlprodukte aus dem Ausland bezogen hatten und nun Zehntausende von Arbeitsplätzen abgebaut haben, wie die *New York Times* vorrechnet. Von einem Boom des Arbeitsmarkts insgesamt kann folglich nicht die Rede sein. Trotz eines Wirtschaftswachstums von 2,2 Prozent im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Arbeitsplätze nur minimal – obwohl die erwarteten Rationalisierungswellen im Zusammenhang mit KI-Programmen erst noch bevorstehen.

Für Konsumenten erhöhen die Zölle die Inflation, da sie in Form höherer Preise weitergegeben werden. Die *New York Times* zitiert eine Studie, der zufolge die Inflationsrate im vergangenen Jahr wegen der Zölle um mehr als einen halben Prozentpunkt höher ausgefallen sei. Sie lag 2025 bei 2,7 Prozent, bei Lebensmitteln waren es 3,1 Prozent. Implizit hat die Regierung Trump das auch eingestanden, indem sie zum Ausgleich an jeden US-Bürger eine einmalige »Zolldividende« in Höhe von 2.000 US-Dollar in Aussicht gestellt hatte. Ob diese nach dem Urteil des Obersten Gerichtes noch kommen wird, ist fraglich.

Vor allem jedoch sollten die Zolleinnahmen Staatsausgaben finanzieren. Nach dem Zollurteil veranlasste Trump auch deshalb Ersatzzölle, weil die Einnahmen bereits eingeplant waren. Die **Regierung Trump hatte mit der sogenannten One Big Beautiful Bill im vergangenen Juli die Steuern vor allem für Superreiche stark gesenkt**, wodurch die Staatsverschuldung noch stärker anstieg als ohnehin schon. Teilweise sollten die Zolleinnahmen das abfedern – also eine de facto-Konsumsteuer die Steuergeschenke an Kapital und Spitzenverdiener finanzieren.

Stellung des US-Dollars als Weltleitwährung gefährdet

Bis November 2025 betrugen die Einannahmen aus den von Trump verhängten Zöllen 236 Milliarden US-Dollar, davon rund 175 Milliarden im Rahmen der nun für illegal erklärten IEEPA-Verordnungen. Diese Gelder werden nun Gegenstand langwieriger juristischer Auseinandersetzungen sein, sie stehen dem Fiskus nicht zur Verfügung, da Konzerne wie Fedex bereits Klage erhoben haben, um die Rückzahlung dieser entrichteten Zollgebühren zu erwirken.

Schließlich gefährdet der Protektionismus Trumps die Stellung des sukzessive an Wert verlierenden US-Dollars als Weltleitwährung. Die US-Handelsdefizite lieferten Ländern und Wirtschaftsräumen mit hohem Exportüberschuss wie China, Japan oder dem ökonomisch von Deutschland dominierten Europa einen Anreiz, die Dominanz des Dollars zu akzeptieren. Nun droht die Sonderstellung der USA, die sich in der Weltleitwährung faktisch risikofrei verschulden konnten, Geschichte zu werden. Dies wurde etwa bei den Auseinandersetzungen um Grönland deutlich, als die Kurse von US-Anleihen am 20. Januar regelrecht abstürzten, nachdem mehrere skandinavische Fonds ankündigten, ihre Positionen zu liquidieren.

Die Staatsverschuldung der USA liegt inzwischen bei mehr als 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während zehnjährige US-Anleihen, die während der ersten Präsidentschaft Trumps im Schnitt mit weniger als zwei Prozent verzinst wurden, nun bei mehr als vier Prozent stehen. Der Schuldendienst ist inzwischen mit 1,1 Billionen US-Dollar jährlich einer der größten Posten im Bundeshaushalt, er hat sich binnen der vergangenen fünf Jahre verdoppelt und übertrifft selbst die Militärausgaben. Sollte beispielsweise die bevorstehende KI-Disruption abermals billionenschwere staatliche Krisenmaßnahmen erforderlich machen, hätten die USA kaum noch die Kapazitäten dazu, anders als während der Finanzkrise ab 2007.

© Jungle World Verlags GmbH